

Insertionsgebühr
für die einsätzige
Zeitung über deren Raum.
20 Pfennige, für Verein und
Vereinigungskreis.
10 Pfennige.
Insertion für die nächste Nummer
müssen bis Vormittag 10 Uhr bei der
Expedition abgegeben werden.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Gesetz von
Nr. 451.

Organ für die werkhafte Bevölkerung.

Gesetz von
Nr. 451.

mit der illustrierten Beilage „Die neue Welt“.

Nr. 142.

Mittwoch, den 21. Juni 1899.

10. Jahrgang.

Politische Übersicht.

Die Buchthausvorlage im Reichstag

Der Reichstag setzte gestern die Beratung der Buchthausvorlage fort. Bebel erhielt zunächst einen Ordnungsruf, weil er am Tage vorher gesagt hatte, die Vorlage werde, wenn sie Gesetz werde Deutschland zur Schmach und Schande gereichen. Der Ausdruck mag in den gräflich Ballestrem'schen Ohren nicht gut gelungen haben, wahr bleibt es trotzdem. Dann kam Herr von Lebeck als Sprecher und Führer der Konservativen zum Wort. Herr von Lebeck ist Regierungsmann sans phrase, in solchen Dingen steht auch die ganze reaktionäre Sippschaft hinter der Regierung und es überraschte nicht, daß er seine unumwundene Zustimmung zur Vorlage ausdrückte. Die Rede „Stern v. Lebeck“ war herzlich, kein neuer Gedanke war in ihr enthalten, sie umschrieb die Reden, die wir gestern vom Regierungstisch anhören mußten. Auf der Linken regte man sich deshalb auch nicht auf. Es kam dort kaum zu einem Zwischenruf. Viel gespannter war man auf das Auftreten Dr. Lieber's. Die Stellung des Zentrums war ja bis dato ziemlich unklar und man erwartete nun, daß Dr. Lieber die erwünschte Klarheit verbreiten würde. Aber die Hoffnung wurde getäuscht. Herr Lieber sprach viel gegen, aber auch einiges für die Vorlage. Er verlangte eine Erweiterung des Koalitionsrechtes und Anerkennung der Verfassungsvereine, machte aber andererseits die Sozialdemokratie und ihre angeblichen Ausschreitungen, ihren Terrorismus, für die Einbringung der Vorlage verantwortlich. Immerhin muß anerkannt werden, daß er eine Annahme dieser Vorlage weit von sich wies und auch ein kräftig Wörtlein über die Handhabung unserer Rechtsprechung sagte, so kräftig, daß auch er sich einen Ordnungsruf seines präsidentiellen Parteigenossen zuzog. Das Zentrum stellte für den Herbst die Einbringung eines Gegenentwurfs in Aussicht, Herr Lieber ließ sich aber nicht darüber aus, ob er die zweite Lesung nach vorangegangener Kommissionsberatung oder ohne eine solche wünscht. Ob also die Vorlage morgen an eine Kommission verwiesen wird oder nicht, ist noch zweifelhaft geblieben, weil sich das Zentrum wieder einmal darunter auszudrücken versuchte. Da war der nächstfolgende Redner, Herr Bässermann von der nationalliberalen Partei, viel deutlicher und offener. Er führte heute einen frischen fröhlichen Feldzug gegen die Vorlage und erntete lebhafte Beifall auf der ganzen linken Seite des Hauses. Die nationalliberale Partei scheint wirklich einem Wandelungsprozeß begriffen. Die sozialpolitische Sicht scheint wenigstens bei einem Theile der Partei allhöchlich zu dämmern. Die Schlossbarone von der Farbe öller und Hilbeck stehen freilich noch abseits und werden sicherlich von dem Geschimpfe der Bueck und Genossen im Zentralverband deutscher Industrieller, das in den nächsten Tagen losgehen wird, ausgenommen werden. Herr Bässermann erklärte sich gegen alle drakonischen Maßregeln und sprach die von seinem Standpunkt aus gewiß richtige Behauptung aus, daß die Vorlage nur geeignet sei, die Arbeiter vor den Kopf zu stoßen und alle noch nicht der Sozialdemokratie verfallenen Elemente dieser Richtung hin zu urtheilen. Nach dieser Richtung hin beurteilte er das Gesetz ganz richtig und auch was er über unsere Jubiläum sagte, kann man getrost Wort für Wort unterschreiben, denn er sagte nichts Anderes, als was wir schon so oft gesagt haben, daß sich die Rechtsprechung natürlich immer mehr mit dem Volksbewußtsein in Widerspruch

setzt. Freilich, die Hoffnungen, welche sich Herr Bässermann von seiner Art der Bekämpfung unserer Partei macht, werden sich nicht erfüllen. Nach dieser Richtung wird er noch manche Enttäuschung erleben und was er von der Mausterung der Sozialdemokratie sagte, das zeigte doch deutlich, wie wenig er sich doch noch in das Wesen der Sozialdemokratie vertieft hat. Herr Bässermann hat heute seine beste Rede gehalten und sein Talent, eine Führerrolle zu spielen, zum ersten Male erwiesen.

Den König Stumm vertrat Herr Arendt, ein Neuling im Reichstag, von seiner Schwärmerei für die Silberwährung bekannt. Er ist ein Schwäger und deshalb noch unerträglicher, als der von ihm vertretene Herrscher von der Saar. Wie der sich räuspert und wie er spricht, das hat Herr Arendt ihm aber glücklich abgeguckt und so fehlte es auch in seiner Rede nicht an Provokationen unserer Genossen. Nebenbei ließ aber so viel Lächerliches unter, daß während der „Silberrede“ auf der Linken fortgesetzt ausgelassene Heiterkeit herrschte.

Die letzte große Rede hielt der freisinnige Lenzen, der seinen guten Tag hatte und ein glänzendes Plädoyer gegen die Vorlage hielt, die übrigens nur von einem Regierungsveteraner, dem Staatssekretär Niederding, in seiner trockenen und matten Manier vertheidigt worden war. Den Schluss machte Lieberman von Sonnenberg, der mit kaiserlichen Worten argumentierte, aber doch im Grunde auch gegen die Vorlage sich erklärte.

97. Sitzung. Donnerstag, 20. Juni 1899. — 1 Uhr. Gingegangen ist der Nachtragsetat über den Anlauf der Karolinen.

Bor Eintritt in die Tagesordnung ruft Präsident Graf Ballestrem den Abg. Bebel wegen dessen Schlusswort: „Wird diese oder eine ähnliche Vorlage Gesetz, so gerecht es Deutschland zur Schande und Schmach“ nachträglich zur Ordnung. (Bravo! rechts. Hurra bei den Sozialdemokraten.) Der Präsident bittet, jede Kritik seiner Worte zu unterlassen. (Abg. Singer: Wir rießen nur nach rechts herüber!) . . . Zede Kritik! (Heiterkeit.)

Die erste Beratung der Buchthausvorlage

wird hierauf fortgesetzt.

Abg. v. Lebeck (cont.): Wir sehen in der Vorlage ein indirektes Mittel gegen das Unwachstum der Sozialdemokratie. Unmittelbar aber soll sie das natürliche Recht eines jeden Menschen auf Freiheit schützen und den Zwang verhindern. Das Koalitionsrecht darf nicht ausgenutzt werden unter Androhung von moralisch und geistig verwerflichen Mitteln (Sehr richtig! rechts), nicht durch Anwendung von Körperverletzung und Verurteilung. Im Übrigen lädt die Vorlage das Koalitionsrecht ganz unbeschränkt, sie will nur verhindern, daß man gezwungen wird, sich zu koalieren. Das steht ausdrücklich im § 1, auf den ich in der Generaldiskussion allein eingeho. Die Frage, ob die übrigen Bestimmungen der Vorlage abänderungsbefähigt sind, gehört in die Kommissionsberatung oder in die zweite Lesung. Daß die bestehenden Gesetze nicht gegen den Streitkrieg schützen, ist bewiesen. Den Widerstand weiter Kreise gegen die Vorlage kann ich mir nur so erklären, daß ihnen das Gesetz von vornherein durch Neuerungen spiegeln sich, aber im Gesetz nirgends wieder. An diese Stimmung der Wählermassen haben wir uns gar nicht zu föhren. Man hat gesagt, es sei viel dringender, die Koalitionsfreiheit zu verhindern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Das bleibt jedoch dem Reichstag unbekannt und hat mit dieser Vorlage nichts zu thun. Wir stimmen mit dem Grundgedanken der Vorlage überein und beantragen, sie an eine Kommission von 25 Mitgliedern zu verweisen. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. Lieber (Bentr.): Die Behauptung des Abgeordneten v. Lebeck, daß die zahlreichen Fälle der Anwendung von Zwang bewiesen, daß die bisherigen Bestimmungen nicht ausreichen, hat denselben Werth, als wenn man behaupten wollte, daß die Zahl der Verstöße gegen das Reichsstrafgesetzbuch beweisen, daß dessen Bestimmungen nicht ausreichen. Die Behauptung des Vorredners, die

Ausdehnung der Koalitionsfreiheit hänge mit dieser Vorlage nicht zusammen, steht im Widerspruch mit dem Wortlaut der Vorlage, der Begründung und den Reden der Regierungsveteraner. (Sehr richtig! links.) Die Vorlage wird uns ja empfohlen, weil sie bestimmt sein soll, die Koalitionsfreiheit zur Wahrheit zu machen durch Schutz gegen den Koalitionsschwang. Leider aber kommt diese Vorlage das Pferd beim Schwanz auf. (Große Heiterkeit.) Das ist der Grundgedanke unserer Kritik. Wir befürworten, daß man an Stelle des positiven Ausbaus nichts zu setzen weiß als Repressalien. Wenn man die Koalitionsfreiheit schützen will, so muss die Koalitionsfreiheit zu tun und ist wirklich da sein! (Sehr richtig! links.) Bis jetzt haben wir zu ihrem Schutz nur den § 152 der Gewerbe-Ordnung. Die Bestimmungen dieses Paragraphen sind rein negativ; darauf kann sich ein großes Gemeinschaften nicht beschränken; es muß positiv gefragt werden, was Redets ist. Der § 152 stellt die Koalitionsfreiheit durchaus nicht sicher. Es muß ganz bestimmt der Kreis der Personen und der sachlichen Vorgänge genannt werden, auf die die Koalitionsfreiheit sich beziehen soll, und da fordern wir als unerlässlich, wenn unsere Zustimmung verlangt wird, auf dem Boden des gemeinen Rechts gemeinsame Koalitionsfreiheit für alle, die dem deutschen Reichsrecht unterstehen, für alle Zwecke, zu denen sich deutsche Staatsbürger vereinen. (Bravo! links.) Wir verlangen die Koalitionsfreiheit für die Koalitionen unter einander und die Beseitigung aller einzelaufstaatlichen oder reichsgelehrten Hindernisse, die ein solches Zusammenbringen von Koalitionen verbieten. Das ist unsere alte Forderung der Reichspersonlichkeit für die Berufsvereine. Ghe sie nicht erfüllt ist, kann von einem Schutz der Koalitionsfreiheit nicht die Rede sein. (Bravo! im Zentrum.) Was nun die strafrechtlichen Bestimmungen der Vorlage anlangt, so läßt sich nicht bestreiten, daß wir sie den Ausschreitungen der sozialdemokratischen Parteigänger zu verbauen haben. (Widerspruch und Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Das hören Sie nicht gern, aber unsere katholischen Arbeiter wissen, was sie unter dem Terrorismus für sozialdemokratische Arbeiter zu leiden haben. Gegen diese Ausschreitungen aber hilft am besten die volle Sicherung der Koalitionsfreiheit. Erst wenn die Selbsthilfe der Organisationen nicht ausreicht, soll der Staat eingreifen, um Schutz gegen den Mißbrauch staatsbürglicher Rechte zu bieten. (Sehr richtig! im Zentrum.) Die Vorlage treibt Rückendächer: man hat eine Lücke zu enden geglaubt, die ausgefüllt werden muß. Der § 153 der Gew.-Ord. ist ein Ausnahmegesetz der schlimmsten Art. Mit seiner Aufhebung und Ersetzung durch allgemeinrechtliche Vorschriften wären wir durchaus einverstanden. Die Vorlage aber will ihn ersetzen durch ein neues, noch viel schlimmeres Ausnahmegesetz. (Sehr richtig! links.) Sowohl nimmt sie Anfangs einen Anlauf, als kommt sie zu einer allgemeinrechtlichen Regelung. Aber leider endet auch hier das soziale Werk in einem häßlichen Fischschwanz. (Heiterkeit.) Vor Allem läßt man die landwirtschaftlichen Arbeiter auch weiterhin ganz außerhalb des Koalitionsrechtes. Sehr bald zeigt sich auch die ungleiche Behandlung der Unternehmer und Arbeiter. Wie aber sagen: Sieche Brüder gleiche Rappen! (Sehr richtig! links.) Ein Gesetz ist sehr wohl denkbar, das zunächst die Koalitionsfreiheit in dem von mir umschriebenen Rahmen statuiert und sodann — aber nur unter dieser Bedingung — Ihnen wir die Notwendigkeit anerkennen, Mißbräuche einzudammen und erwägen, ob die bestehenden Bestimmungen auch gegen Mißbräuche genügend schützen. Alles aber nur auf dem Boden des allgemeinen Strafrechts. Angehoben hat auch nach unserer Meinung nicht letzteren haarräumenden Urteil auf Grund des § 153 der Gesetzesordnung und der einschlägigen Paragraphen des Strafgesetzbuches, angehoben der geradezu himmelsbrechenden Vorschriften, mit der dasselbe Vergehen auf der einen Seite auf das Härteste, auf der anderen auf das Mildeste geahndet wird. (Glocke des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem ruft den Redner wegen der Anwendung des Ausdrucks: Himmelreichende Parteilichkeit auf die deutschen Gerichte zur Ordnung. (Große Heiterkeit.)

Abg. Lieber (fortfahren): . . . ich sage, Siehe Sie dieser Zustände in unserem Rechtswesen sind wir am allerwenigsten geneigt, noch Verschärfungen zu zulassen. (Bravo! links.) Im Gegenteil, Angehoben mancher Urtheile haben wir allen Anlaß, die Bestimmungen zu mildern und einzuschränken. (Bravo! links.) Trotzdem schließe ich mich dem Wunsche des Herrn Redels nicht an, sofern in die zweite Beratung des Gesetzentwurfs eingetreten. Wir glauben uns der ernsten Pflicht nicht entziehen zu können, die einmal aufgerollte Frage der Koalitionsfreiheit zu benutzen, um

Die Rose von Disentis.

Von Heinrich Bätschi.

58)

37.

Die Erzählung am Wasserfall. Sie führte ihren Begleiter zu einem Steinblock, der Beiben als Bank dienen konnte. Der Hauptmann setzte sich in höchster Spannung neben Pauline.

„Sie müssen vorläufig noch wissen, Herr Prevost“, hob das Fräulein von Stetten an, „daß ich Elfrida seit ihrer Kindheit kenne. Sie verlor früh ihren Vater, wenige Jahre später auch ihre Mutter, die sie in zweiter Ehe mit dem Baron von Grienenburg vermählt hatte. So war sie ganz Weise geworden. Sie hing mit kindlicher Zärtlichkeit an mir. Dies Verhältnis blieb zwischen ihr und mir bestehen, oder wurde vielmehr noch enger, als sich der Baron wieder verheirathete. Sie haben die Frau von Grienenburg gesehen. Mehr habe ich von ihr nicht zu sagen. Wir waren damals Nachbars; Elfrida wohnte meistens bei mir auf meinem kleinen Landstück, unweit der Stadt Uri. Das Gut ihrer Stiefeltern grenzte an das meine. Nach dem Tode des Barons wurde sie von ihrer Stiefmutter mit nach Wies genommen, doch durfte sie mich zuweilen besuchen. Die übrige Zeit unterhielten wir einen fleißiger Briefwechsel. Sie hatte kein Geheimnis für mich; ich keunes für sie. So erfuhr ich Malarias Bewerbungen um ihre Hand, dann auch die erwachende Neigung des Kindes zu Ihnen, Herr Prevost. Ich hielt es für meine Pflicht, sie zu warnen. Das gute Mädchen begriff noch nicht, warum ich es tat, die Unerfahrene kannte keine Gefahr. Allein das harmlose Wohlgefallen an dem jungen Hausfreunde flamme bis zur Leidenschaft auf. Ja, Sie wurden getreu mit der schwärmerischen Seele einer ersten und letzten Liebe, mit Trost gegen das widerwärtige Ver-

hängnis, mit einer Entschlossenheit und Stärke, die nur der Tod überwältigen kann. Sie kennen ja Elfridas entschiedenes Wesen . . . Hören Sie weiter und verdammen Sie nicht zu früh! Sie kannten auch Malaria, der mit der Baronin weitläufig verwandt war. Mit einer unglaublichen Besitzmächtigkeit, die dem geschmeidigen, arglistigen Italiener zu Gebote stand,

trat er überall als Ihr Löbedauer auf, während er anfangt, Sie um das übergroße Vertrauen der Baronin zu bilden und Elfrids Neigung zu beargwöhnen. Als er Sie am tödlichsten hörte und erfuhr, Sie waren durch Ihre Schwester mit dem Hause Säuerstein verbunden, waren von altem Adel, versprach er, nicht Zeit, nicht Mühe, nicht Geld zu schenken, Ihnen, Ihren Talente angemessen, eine ehrenvolle Anstellung im kaiserlichen Dienste zu verschaffen. Es fehlte ihm nicht an Umgang mit einflussreichen, hochgestellten Personen. Elfrida und die Baronin waren ganz Dankekeit. Man wollte Sie eines Tages mit einer, ich weiß nicht welcher, Ernennung angenehm überraschen. Elfrida und die Baronin schwammen in den süßen Freuden der Hoffnung und erboten sich, jedes Geldopfer dafür zu bringen. Sie sehen, Herr Prevost, wie genau ich von allem, was Sie betrifft, unterrichtet bin und es schon war, ehe ich die Ehre hatte, Sie persönlich zu kennen.“

„In der That, gnädiges Fräulein“, zwitscherte Flavian, in dessen Gesicht sich bei diesem Rückblick auf das Vergangene Hohn und Zerger abspiegelten, „in der That, ich vernehme von Ihnen mehr als mir selbst bekannt war.“

„Aber das Blatt weide sich bald“, fuhr Pauline fort. „Eines Abends erschien der Graf bei den Daxen, frisch, verdächtig und zerstreut, mitmittle Verwuschungen gegen die Verleumdungssucht der Wiener und reizte die Neugierde der Frauen, die nicht aufhörten zu bitten, Ihnen zu sagen, was ihr quälte, am häufigsten Endlich und wie bald ge-

Verleumdungen, die man gegen Sie, Herr Prevost, ausgespien habe.“

Prevost zückte die Achseln und seufzte hing: „Die der Unhold selbst ausgebrüttet hatte. Ich weiß! Und die beiden Damen glaubten dem Scheinlogisch aufs Wort.“

„O nein, es war ja zu arg, zu unglaublich! Denken Sie nur, er erzählte, wie er von einer vornehmen Person am Hofe, bei der er sich für Sie, Herr Prevost, verwendet hatte, die Bestimmungen zu mildern und einzuschränken. (Bravo! links.) Trotzdem schließe ich mich dem Wunsche des Herrn Redels nicht an, sofern in die zweite Beratung des Gesetzentwurfs eingetreten. Wir glauben uns der ernsten Pflicht nicht entziehen zu können, die einmal aufgerollte Frage der Koalitionsfreiheit zu benutzen, um

„Ich weiß, ich weiß, mein Fräulein“, grölte Flavian bei diesen Worten. „Warum schwieg man aber gegen mich? Warum hörte man mich nicht an?“

„Man wollte Sie nicht kränken, Sie nicht zu überzählt Schritten reizen. Sie können sich vorstellen, Herr Prevost, mit welchen empörten Gemüthe Elfrida und Ihre Stiefmutter dieses anhörten. Doch empörter als sie beide war ja der Graf selbst. Die Achsellogistik, . . . Lüge, sagte er, sei zu offenbar. Er halte es für Pflicht, die Ehre und den guten Namen eines unbeschuldigten Mannes zu empfehlen, der nächstens in die Burgsiedlung oder über die Grenzen wandern müsse.“

„Ich weiß, ich weiß, mein Fräulein“, grölte Flavian bei diesen Worten. „Warum schwieg man aber gegen mich? Warum hörte man mich nicht an?“

„Man wollte Sie nicht kränken, Sie nicht zu überzählt Schritten reizen. Sie können sich vorstellen, Herr Prevost, mit welchen empörten Gemüthe Elfrida und Ihre Stiefmutter dieses anhörten. Doch empörter als sie beide war ja der Graf selbst. Die Achsellogistik, . . . Lüge, sagte er, sei zu offenbar. Er halte es für Pflicht, die Ehre und den guten Namen eines unbeschuldigten Mannes zu empfehlen, der nächstens in die Burgsiedlung oder über die Grenzen wandern müsse.“

(Fortsetzung folgt.)

sein Lokal zum Abhalten sozialdemokratischer Versammlungen nicht mehr hergeben zu wollen."

Der Wirth hat sich belehrt; er wird von Sr. Gnaden, dem Herrn von Stumme wieder in die Reihe der Ordnungsleute gestellt. So schafft der Gewaltige vom Halberg zufriedenen und staatserhaltenden Sinn.

Als Schandgesetz hatte der Sozialdemokrat Eichhorn die „Buchthausvorlage“ in einer Protestversammlung in Dresden bezeichnet. Er wurde wegen groben Unfugs durch Strafmandat zu 7 Tagen Haft verurtheilt.

Von der Kanalvorlage.

Von allerlei „Kompensationen“ für den Kanalbau erfährt die „Nationalliberale Korrespondenz“ von „befreundeter Seite“, was wohl heißen soll, aus dem in anderen Fragen befreundeten Lager der Konservativen. Diese sogenannten Kompensationsforderungen, gegen welche man agrarisch-herrschaftlich reden lassen und die nötige Anzahl Landräthe dispensiren würde, sollen sich schon jetzt auf beinahe eine halbe Milliarde Mark belaufen. Weiter verlautet aus derselben Quelle, daß die geplanten Forderungen sich keineswegs mit Verkehrsverweiterungen und -Erlichterungen begnügen, sondern sich auch auf Dinge erstrecken wie Schulsubventionen und Provinzialdotationen und anderes mehr, was ordnungsgemäß je nach dem Bedürfnis und den Mitteln des Staates im Wege des Staats für die verschiedenen Verwaltungen zu erledigen wäre. Auch die Polen wollen mit Kompensationsanträgen kommen. — Wenn die Regierung sich auf die Verquidung dieser Dinge mit der Kanalvorlage einläßt, dann hätte vielleicht aus den Konservativen eine Majorität gegen den Kanal zu Stande kommen.

Ausweisungen aus Nordschleswig sind jetzt möglich an der Taxezordnung. So wurden in Herting zwei Knechte und ein Mädchen ausgewiesen, in Horrup bezw. Herting drei Hirtenknaben und endlich noch ein Knecht in Niesjatrup.

Die Thronfolge in Coburg-Gotha. Die Londoner „Daily Mail“ erfährt über Berlin aus Gotha, in einer geheimen Sitzung des Landtages, die am Sonnabend abgehalten wurde und drei Parteiführer wählte, habe der Minister Streng angekündigt, daß Herzog Alfred wahrscheinlich während des laufenden Jahres abdanken werde. Der Minister habe ferner gesagt, er könne seinen früheren Erklärungen über die Nachfolge nichts hinzufügen, ehe er nicht aus England zurückkehrt sei, wohin er felsen wollte, um mit den interessierten Parteien persönlich zu verhandeln. Auf die Rede des Ministers sei eine lebhafte Debatte gefolgt. Der Korrespondent teilte ferner mit, die Nachfolge des Herzogs von Albany könne nicht in Frage kommen, da die Gesundheit des jungen Prinzen den Anforderungen der deutschen militärischen Ausbildung nicht gewachsen wäre. Der Minister ist inzwischen nach England gereist.

Der württembergische Fall Thiele. In Göppingen war vor längerer Zeit der sozialdemokratische Gemeindevertreter Thiele zum Mitglied der katholischen Oberschulbehörde gewählt worden. Obwohl die Wahl von der Regierung nicht bestätigt worden war, wurde Thiele zu einem Maler gewählt und in Vorschlag gebracht. Trotz der neuen Agitation, die sich hierauf gegen den „Theologen“ Thiele erhob, hat die Wahl nunmehr ihre Bestätigung gefunden. — Württemberg scheint in die Widerstandskraft des Staates gegen sozialdemokratische Ideen mehr Vertrauen zu setzen als Preußen.

Ausland.

Massendemonstration der Wiener Arbeiter.

Am Sonntag fanden in allen Bezirken, von der inneren Stadt bis zu den entlegensten Bezirken, sozialdemokratische Versammlungen, im ganzen 56 an der Zahl, statt, die zusammen von mehr als 15,000 Arbeitern besucht waren, in denen ein scharfer Protest gegen Luegers neue Gemeindewahlordnung, wodurch die Arbeiters des Wahlrechts beraubt werden, beschlossen wurde. Zugleich wurde die Regierung aufgefordert, die Wahlordnung nicht zur Sanktionierung vorzulegen, während die Arbeiter Wiens die Regierung für alle Folgen verantwortlich machen. Alle Redner sprachen auf das heftigste gegen Lueger, weil er vorgestern im Gemeinderath die Sozialdemokraten haben genannt hatte. Zwei Versammlungen wurden wegen der Angriffe auf den Bürgermeister aufgelöst. — Nur in dem Bezirk Meidling kamen nach Schluss der Versammlung Konflikte mit der Polizei vor, da die Arbeiter vor das Haus des verhafteten Antisemitenführers Schneider ziehen wollten. Zehn Arbeiter wurden verhaftet. Für nächsten Sonntag ist ein großer Arbeiterumzug durch die Stadt beabsichtigt.

Zur Lage in Frankreich.

Waldeck-Rousseau's Versuch, das neue Ministerium zu bilden, ist in letzter Stunde an den Rändern Méline's gescheitert. Dieser in der Dreyfusaffäre am schwersten blamierte Politiker wollte die Generale retten und verlangte deshalb Garantien in der Besiegung des Kriegsministeriums; am liebsten wollte er Karatz beibehalten sehen. Waldeck-Rousseau aber bestand auf dem Vorsatz, gegen die Generale energisch einzuschreiten, und so boykottierten ihn alle der Gruppe Méline angehörigen Rechtsaspiranten. Am richtigsten wäre es in diesem Falle gewesen, daß Waldeck-Rousseau die Gruppe Méline außer Betracht ließ und, falls Méline zu den Nationalräten abzuwenden sollte, nach Auflösung der Kammer ein progressivisch-radikal-sozialistisches Ministerium bildete. Aber er scheint vor diesem kräftigsten Entschluß zurückgeschreckt zu sein und hat gestern Abend das Mandat zur Kabinetsbildung wiedergelegt.

Die sozialen und radikalen Legions erklären das Vorgehen Méline's für Verrat an der republikanischen Sache. „Stelle“ sagt, Méline, welcher Loubet nicht verzeihen könne, daß er Präsident der Republik geworden sei, wolle die Bildung des Kabinetts unter jeden Preis verhindern. Er habe sich mit allen denen verbündet, welche den Sturz der parlamentarischen Republik anzustreben, weil er dadurch hoffe, Loubet zum Rücktritt zu bringen. Méline irre aber,

wenn er glaube, daß diese Politik ihm etwas Anderes als Schande eintragen werde. Denn Loubet, welcher wisse, daß er in diesem Augenblick das Hell der Republik in Frankreich repräsentire, werde vor den Hindernissen, die ihm in den Weg gelegt werden, nicht zurücktreten. Jaurès schreibt in „La Petite République“, das Scheltern der Kombination Waldeck-Rousseau's bedeute zweifellos: Méline, Régulation und Militärpartei. Die Generale und Oberstes wünschen, daß die Misslizenzen und gegen die Republik gerichteten Treiberreien unbestraft bleiben würden. Dem „Radical“ zu Folge hat Loubet Waldeck-Rousseau die Sicherung gegeben, daß er trotz der schwierigen Lage bestrebt sein werde, die Situation befriedigend zu lösen. Einige Blätter drücken die Meinung aus, daß Loubet sich an Constantia wenden werde. Andere erwarten einen Auftrag an Brissac. Auch Delcassé und Poincaré werden wieder ernannt. Die größte Energie dürfte Constance, die größte Einheitsfähigkeit Brissac repräsentieren.

Die Dreyfus betreffenden Aktenstücke sind in Rennes eingetroffen. Da der Saal, in welchem die Verhandlungen des Kriegsgerichts stattfinden werden, an das Militärgefängnis grenzt, wird eine Thür in die Verbindungsmauer gebrochen, damit Dreyfus auf seinem Gange zum Verhandlungssaal die Straße nicht zu betreten braucht. Wie das „Journal“ aus Rennes meldet, veranlaßt die bevorstehende Ankunft Dreyfus' dort einen großen Fremdenzufluss. Alle Hotels sind überfüllt. Es sind umfassende Maßregeln getroffen, um Kundgebungen zu verhindern. — Der „Figaro“ meldet aus Brest, Dreyfus werde wahrscheinlich in St. Malo gelandet werden.

Zola kündigt eine Broschüre über den Fall Dreyfus an. Erstehen soll die Schrift wenige Tage nach dem Urteil von Rennes. Zolas Verleger hat demgemäß alle technischen Vorbereitungen getroffen.

Opposition und Obstruktion in Portugal. Die auswärtige Politik Portugals findet im Lande selbst vielfach Widerspruch. Die konservative Oppositionspartei erließ eine Kundgebung, worin sie erklärt, sie werde sich an den parlamentarischen Verhandlungen nicht eher beteiligen, als bis die Regierung das Land über ihre augenblickliche auswärtige Politik und über die von ihr fremden Mächten gegenüber eingegangenen Verpflichtungen aufgeklärt habe. Der Führer der konservativen Partei, Hintze Ribeiro, unternimmt mit mehreren Parteifreunden einen Ausflug nach den Azoren-Inseln, um sich durch den Augenschein zu vergewissern, welche Vorbereitungen vorgenommen werden für die angeblich bevorstehende Errichtung einer britischen Flottenstation getroffen seien.

Die Kosten der unglücklichen Kolonialpolitik Spaniens werden den Steuerzahler jetzt vorgerechnet.

Am Sonnabend wurden in den Cortes die Haushalt- und die Finanzprojekte verlesen. Das Exposé beginnt damit, die durch das Matrizen- und Kolonienministerium seit Beginn des Aufstandes auf Kuba bis Ende des letzten März ge machten Ausgaben zu verzetteln. Es sind dies zusammen für Kuba 1,796,269,462 Pes., Portorico 7,097,493 Pes. und die Philippinen 165,988,257 Pes., zusammen Pes. 1,969,355,214 (eine Peseta nominell gleich 80 Pf.). Natürlich soll die enorme Summe von fast zwei Milliarden nun wieder allmählich eingebrochen werden, und zwar durch neue Steuern. Selbstverständlich haben die im Besitz der politischen Macht befindlichen adeligen Großgrundbesitzer dafür gesorgt, daß sie und ihre Freunde die Kosten nicht zu tragen haben. Die Grundsteuer wird nicht vermehrt; die Industrie- und städtische Grundsteuer wird erhöht um zwei Zehntel. Neue Steuern werden eingesetzt auf den Export von Erzen, Eisen und Kupfer, auf Cigarros, Tabak, Stempel-Regalen, Adelsstitel, Kopfsteuer, Verkehrsteuer, Salz, Zucker und Alkohol.

Partei-Angelegenheiten.

Die Sozialdemokratie und die bayerischen Landtagswahlen. Die Sozialdemokratie Nürnberg trat am Sonntag mit einer großen Wahlversammlung in die Wahlbewegung ein. zunächst erstatteten die Abg. Scherer und Seitz über die Tätigkeit der sozialdemokratischen Kammerfraktion Bericht und die Versammlung erklärte sich mit der ganzen Haltung ihrer Vertreter einverstanden. Bezaubernd der Kandidatenfrage wurden noch keine definitiven Beschlüsse gesetzt. Es soll zwar an dem Witz festgehalten werden, daß bei einem Sieg die alten bewährten Vertreter wieder aufzutreten sind, da es aber nicht ausgeschlossen ist, daß wir auch in Nürnberg und Ludwigshafen siegen und dann Seitz und Ehrhart für Nürnberg außer Betracht lassen, wurde die ganze Frage offen gelassen. Nach vollzogener Wahl sollen die Wahlmänner zusammen treten und berathen und dann ihre Verschläge einer Versammlung unterbreiten.

Die Situation unserer Partei bei dieser Wahl ist sehr schwierig, erstmals durch das verrottete Wahlsystem, das den Gegnern ungemein günstig ist, und dann hat der freisinnig-liberale Stadtratssitz wieder eine wunderbare Wahlergebnisgeometrie in Sicht gebracht, die unsere Stellung bedeutend schwieriger gestaltet.

Was unsere Situation gegenüber den Gegnern betrifft, so hat sich gegen 1893, als die Sozialdemokratie erstmals die vier Nürnberger Landtagsmandate dem Liberalismus entzog, nichts geändert. Damals standen Freisinn und Nationalliberalen miteinander im offiziellen Bündnis, was jetzt nicht gut möglich ist, da es in der letzten Zeit zwischen beiden Parteien sehr gehäufte Auseinandersetzungen gegeben hat. Der Freisinn aber rechnet darauf, daß sich der Hass gegen die Sozialdemokratie die Nationalliberalen veranlassen werde, ihre Feindschaft gegen den Freisinn für den Moment zu vergessen und mit ihm zu stimmen. In dieser Annahme hat der Aufsichtsrat der freisinnigen Partei entschieden, nur drei Kandidaten aufzustellen und die Aufstellung des vierten einer der rechtsstehenden Parteien zu überlassen. Als solche kann aber nur die nationalliberale Partei in Betracht kommen. Alle bisher gemachten Beobachtungen lassen darauf schließen, daß der Freisinn sich in seiner Erwartung nicht geäusset hat. Im freisinnigen Lager rechnet man mit großer Bestimmtheit darauf, diesesmal die 4 Mandate den Sozialdemokraten wiederentreten zu können. Nun, die sozialistische Wählerschaft Nürnberg wird auf dem Siege sein und alle Kombinationen zu schaden machen.

Majestätsbeleidigungsprozesse.

Der Knecht Joh. Niemann aus Schlagsdorf bei Schwerin, zur Zeit in Klekin in Mecklenburg, ist vom Landgericht Schwerin wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten und zwei Wochen Gefängnis verurtheilt worden. Er soll eines Abends in der Leuteschule in Bezug auf den Großherzog und

den Herzog-Regenten sehr unpäßende Beleidigungen geführt haben, unter Berufung darauf, daß er kein Mecklenburg-Schweriner sei.

Dasselbe Gericht verurtheilte den Schiffsbauer Alexander Brunst aus Rostock unter Ausschluß der Offenheitlichkeit ebenfalls wegen Majestätsbeleidigung zu zwei Monaten Gefängnis.

Wegen Majestätsbeleidigung standen dieser Tage zwei Arbeiterfrauen aus Spandau, Johanna Gacke und Marianne Livial, vor der zweiten Strafkammer am Landgericht II Berlin. Die beiden Angeklagten wohnten mit einer Frau Schubert auf einem Flur. Am 3. März d. J. gerieten sie mit der Nachbarin der Kinder wegen in Streit. Um die Frau Schubert recht ordentlich zu kränken, warf ihr die Gacke einen unsittlichen Lebensmangel vor, und zog auch unter Anderem die Person des Kaisers mit in das Wortgefecht. Die Frau Livial schubte ihr nicht allein, sondern suchte es ihr noch zuvor zu thun. Die Verhandlung, die unter Ausschluß der Offenheitlichkeit stattfand, endete mit der Verurtheilung der Angeklagten zu drei Monaten Gefängnis.

Vermischtes.

Das Wildschwein. Die „Volks-Ztg.“ hat Gelegenheit gehabt, folgenden, in einer Berliner Vorstadt in Form eines deutschen Rüssels gegebenen Aufschluß über die Naturgeschichte des Wildschweins kennen zu lernen:

Das Wildschwein.

Das Wildschwein lebt im Walde in Mäusen (Rudeln). Ihre Nahrung ist Hasen (Füllen) und Thiere, Würzels und noch mehr. Ihre Beine sind klein und dick, an jedem (jedem) Fuß sind 4 Beine.

Die Wildmäuse Wildschweine haben eine Rose (Waffe). Das sind die kleinen Zähne (Zähne), die sind sehr lang, zum Beispiel, wenn ich einer ärgert, so kommt er und sieht mir seine Rose, aber die Leute haben schon angst (Angst) um den Thiere. So ist nun die Thiere nicht. Wenn es einen kriegt, so reißt er in, wenn er in Ärgert, aber sonst kriegt er das Thiere nicht. Über es wird auch dem Landmann Jürga (Schädel). Wenn er seine Nahrung sucht, sucht er die kleinen (Füllen) des Landmanns, weil er die Kartoffeln des Landmanns frisst. Über es wird dem Landmann noch mehr schuldig, denn er kommt Manchmal ihm das Bonner (Jedenfalls Bonder) Jimmeh und ebt Rumet alles um, den das ist nicht schön. Wenn Landmann das ist, kriegt er ordentliche Ärzt wegen seine lange Zähne, das ist das Volk.

Hundedressur und Sozialdemokratie. Über dieses Thema wird aus Potsdam folgende Mittheilung gemacht: Der Restaurateur von „Boigl's Blumengarten“, woselbst seit einiger Zeit die sozialdemokratischen Versammlungen abgehalten werden, gestaltete vor einigen Wochen dem in seiner Nachbarschaft wohnenden Regierungsschreiber Thiele gegen geringes Entgelt in dem Saale und Garten des Restaurants seinen Jagdhund zu dressieren. Das ging auch einige Wochen ganz gut, denn der Restaurateur stellte auf seinen eigenen Hund häufig zur Dressur des anderen zur Verfügung. Schließlich bekam der Restaurateur aber ein Schreiben (Visitenkarte) des Herrn Regierungsschreibers Thiele, worin dieser in höchster Entrüstung ihm mittheile, daß er seinen Hund nicht mehr in Boigl's Blumengarten weiter dressieren könne, da er jetzt erfahren habe, daß das Elektrotheater sozialdemokratisches Parteiobjekt sei. — Da nun nicht anzunehmen ist, daß ein königl. preußischer Regierungsschreiber durch den Besuch des sozialdemokratischen Infiziert werden könnte, so bleibt nur die Annahme übrig, daß er seinen Hund vor sozialdemokratischer Gesinnung bewahren wollte.

Neue Hebevorrichtung. Um versunkene Schiffsladungen etc. so weit dieselben aus Eisen befreien, also z. B. Schalen, Maschinen, Ketten und dergl., wieder an das Tiefgestüt zu befreien, soll nach einer uns zugegangenen diesbezüglichen Mittheilung des Patent- und technischen Büros von Richard Lüders in Görlitz demnächst in der Deloware-Bai ein interessanter Versuch gemacht werden, über dessen Ausgang die Fachleute verschieden Ansicht sind. Ein Schwimmkahn wird mit Dynamos und großen Elektromagneten, die in Wasserdrähten stehen, ausgerüstet. Die Leistung einer jeden Magneten beträgt 2000 Kilogramm. Die Magnete werden heruntergesetzt und mit den Dynamos durch bewegliche Kabel verbunden. Man erwartet, daß die Magnete mit Leichtigkeit die versunkenen Schäden heben werden. Jedenfalls fallen die großen Ausgaben für Taucherarbeiten, da die Metallgegenstände sich selbst anhängen, fort. Der Erfinder dieser neuen Vorrichtung glaubt auch, dieselbe anwenden zu können, um die Lage von schon vor Jahren gesunkenen Eisen Schiffen und eiserner Gegenstände festzustellen.

Der Massenmörder Malmelin. Der unlängst (wie berichtet wurde) auf einem in der Umgegend von Helsingfors belegenen Gebiet den Bauern Åkepin und seine Angehörigen, zusammen sieben Personen, erschlagt, ist jetzt ergreift worden. Ein alter Knecht fand ihn dieser Morgen in einem Heustall, doch Malmelin entwich. Endlich wurden aus Helsingfors eine Anzahl Detektive und Polizisten beordert, die mit einer Anzahl bewaffneter Bauern an die Verfolgung des Mörders gingen, und zwei Tage später entdeckte man ihn sechs Kilometer vor der vorhin genannten Schlaftstelle entfernt in einem Thal, wo er vor einem Feuer stand und sich wärmete. In Folge der Entfernung und einer zwei Zentimeter tiefen Schnittwunde, die er sich beigebracht, war er sehr erschöpft. Über den schrecklichen Massenmord ist noch zu erwähnen, daß Malmelin, ein bei Åkepin bewohnter Knecht, mit der erwachsenen Tochter Åkepin, Edla, und einem andern Mädchen in einem Zimmer schlief. Um sich für die Abweitung seines der Edla gemachten Heiratsantrages und für angeblich schlechte Behandlung zu rächen, stand Malmelin in der Nacht heimlich auf und erschlug beide Mädchen mit einer Art. Als der alte Åkepin, durch das Gerücht munter geworden, vom Nebenzimmer her in der Thür erschien, wurde er gleichfalls vom Mörder niedergestreckt, dann stürzte dieser ins Nebenzimmer und erschlug hier die betagte Frau des Bauern, deren erwachsene Tochter Edla, eine fünfundzwanzigjährige Nichte, und selbst ein der Edla gehöriges, drei Wochen altes Kind fiel der Wuth des Mörders zum Opfer.

Der Krösus Australiens. Mit dem kürzlich auf seiner Queensland-Besitzung getötet im Alter von 75 Jahren plötzlich gestorbenen Honourable John Tyton hat Australien denjenigen Mann verloren, der unbestritten als der reichste des fünfzigsten Welttheils gilt. Tyton stammte aus New-South-Wales. Sein Vater war Landmann, der es durch Viehzucht mit der Zeit zum Wohlstand gebracht hatte, und landwirtschaftlichen Kenntnissen, die er auf den väterlichen Farmen erworben hatte, hat es der Sohn nicht zum geringsten Theil zu danken gehabt, daß er in der Folge seine großartigen Erfolge erleben konnte, die ihn schon nach verhältnismäßig kurzer Zeit zum Krösus machen sollten. Allerdings ist dabei zu berücksichtigen, daß damals, d. i. zu Anfang der 40er Jahre, die Goldgräber in Australien von den heutigen hundertweltweit verschiedenen waren. Queensland, möglicherweise im Alter von seinem Bruder Wilhelm, zunächst seine Schritte leitete, war namenslich im Innern so gut wie unbewohnt, so daß es für den Bruder nur sehr geringfügiger Goldspuren debitierte, um sich in den Bezirks von abgedeckten Landstreichen zu setzen. Im Jahre 1846 konnten sie auf diese Weise schon über ein halbes Dutzend Goldfelder bedecken und als fünf Jahre später die ersten Goldentdeckungen in Victoria bekannt wurden, war ihr Bruder an Viehzucht bereits ein so aufgezehrter, daß sie es unternehmen konnten, Bendigo, das damals ein Minenzentrum von Queensland aus mit Schätzchen zu verfügen. Das Vieh stand damals hoch im Preis und John Tyton, der gleichzeitig in Bendigo eine Viegherde eröffnet hatte, konnte sich alle durch die Laufe von vier Jahren ein fürstliches Vermögen erwerben. Von da ab ging es mit ihm unruhigem Fortwärts.

Beilage zu Nr. 142 der „Volkswacht“.

Mittwoch, den 21. Juni 1899.

Lokales und Provinziales.

Breslau, den 21. Juni 1899.

* **Protestbewegung in Schlesien.** Die Bewegung gegen die Zuchthausvorlage in Schlesien ist auf ihrem Höhepunkt angelangt. In allen nennenswerthen Orten werden diese Woche Versammlungen abgehalten, an denen sich zum Theil auch Arbeitgeber beteiligen.

Die zweite Protestversammlung im Volksgarten, wiederum für Bauhandwerker bestimmt, erfreute sich derselben zahlreichen Beteiligung. Abg. Baubert hieß einen 2½-stündigen Vortrag, der mit großem Beifall aufgenommen wurde. Eine Resolution gegen die Zuchthausvorlage fand ohne Diskussion einstimmige Annahme.

Die am Dienstag, den 20. Juni, stattgefundenen Protestversammlung der Breslauer Gewerbevereine war von etwa 300 Personen besucht. Der Referent, der gegen den Gesetzentwurf zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses sprach, hob in seiner Rede hervor, daß die Regierung sich wohl gehütet haben würde, gegen die Arbeiterschaft ein derartiges Ausnahmegesetz im Reichstage einzubringen, wenn von den 7 Millionen Arbeitern in Deutschland statt der ½ 3 Millionen organisiert wären. Die Lässigkeit der außen dem Bereich der Koalition stehenden Arbeiter hätte er nicht verschuldet, daß jetzt die organisierte Arbeiterschaft mit Ansekung aller ihrer Kraft sich gegen das gegen sie geplante Attentat wehren müsse. Aber auch den indifferenteren Leuten werden jetzt die Augen geöffnet, und wenn auch die famose Vorlage nur Schlechtes in sich bürgt, so werde sie doch das eine Gute haben, daß die Draufseiter den sich ihren kämpfenden Arbeiterschülern anschließen werden. Noch sei den deutschen Arbeitern der Mund nicht verstopft, noch haben sie das Recht dazu, fasten, versammeln sie es, vor diesem unzügigen Rechte den günstigen Gebrauch zu machen, dann können sie sich nicht beklagen, wenn man ihnen nicht nur das Recht aufsetzt, sondern auch die Freiheit und schließlich das Wahlrecht raubt. Die Macht der unverantwortlichen Rathgeber im Staat ist gar eine große. Stumm und seine Hintermänner werden nicht ruhen, ihre reaktionären Bestrebungen durchzusetzen. (Lebhafte Beifall.) Es wurde darauf folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Die am 20. Juni in Breslau stattgefundenen von über 300 Personen besuchte Protestversammlung der Gewerbevereine erwartet vom hohen Reichstage, daß derselbe den Gesetzentwurf zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses auf jeden Fall die Zustimmung verleihe.“

Die Versammlung protestiert ganz energisch gegen jede Verhinderung des Koalitionsrechts der Arbeiter und erwartet vom hohen Reichstage eine Verbesserung des bestehenden Rechts und nicht durch Annahme der Gesetzesvorlage eine völlige Rechtslosprechung der Arbeiter.“

Der überwachende Polizeikommissarius wollte haben, daß die anwesenden Frauen sich entfernen sollten, es sei eine Versammlung als eine Mitglieder-Versammlung angemeldet sei. Es wurde dem Beamten indessen nachgewiesen, daß die Frauen Mitglieder des Gewerbevereins sind und deshalb auch das Recht haben, an den Versammlungen teilzunehmen. Der Beamte erklärte sich damit für zufrieden gestellt.

Der in Zuwendung des Vertreters des Reichskanzlers des Innern in Breslau tagende Verband deutscher Schäfle- und Schuhfabrikanten (Arbeitgeber) erklärte sich gegen die Zuchthausvorlage.

Eine großartige Versammlung gegen die Zuchthausvorlage, von 1300 Personen besucht, veranstalteten die Görlitzer Gewerkschaften. Genosse Keller hielt einen mit großem Beifall aufgenommenen Vortrag. Mit Annahme der Berliner Resolution wurde die Versammlung geschlossen.

Die Protestversammlungen in Reichenbach, wo Genosse Kühn referierte, und in Ohlau mit einer Rede des Genossen Schüßl, beide am Sonnabend tagend, waren gut besucht. Den Glogauer Gewerkschaften war das große Versammlungskloster abgetrieben worden; sie mußten sich deshalb mit einem Protest im kleinsten Kreise begrüßen. Nur aus Grünberg kommt die Nachricht, daß die Protestversammlung, in welcher Genosse Stolpe mit großem Beifall sprach, schwach besucht war.

Von den Gewerbevereinen wurden Protestversammlungen in Hirschberg, Tagan, Görlitz, Lauban, Glogau und Liegnitz abgehalten und entsprechende Resolutionen gefaßt.

Bu dem am Sonntag, den 15. Juni, in Posen angetretenen Waffenvereit gegen die Zuchthausvorlage hatten dort, trotz der Beichlognade der Flugblätter und der offiziellen Ankündigung der in denselben benannten Weise an diesem Tage zur Volksversammlung zu halten bezügl. nicht für derartige Zwecke herzugeben, noch gegen 150–200 Genossen zusammengefunden. Der eine von den Wirkten, Herr Heinz, stellte sich denn auch in die Thür eines Hauses und ließ seinen Namen, der nicht die Qualifikation zum Anarchisten zeigte. Und schließlich geht der Mann noch auf dem Gedanken um, unter den Genossen G., welcher den Betrieb der Flugblätter übernommen hatte, wegen Geschäftshändigung zu verfolgen. Unzufrieden ist der Welt Lohn und traurig ist es, wenn der Mann seinen Vorteil nicht wahrschneiden versteht. Er hätte ein Bombergeschäft machen können. Nichtdestoweniger amüsieren sich die Genossen ganz gut und zogen gegen Abend, die Marschallstraße in deutscher und polnischer Sprache jingens, quer über die Grünwaldwiese nach der Schnecke. Allerdings für die Stadt Posen hätte der Protest ganz anders ausfallen müssen. Der Grund zu dieser minimalen Beteiligung ist wohl in der Bekanntmachung der Wirkte, ihr Post zu solchen Zwecken nicht herzugeben, zu suchen. Doch möchten wir die Kollegen erzählen, bei zukünftigen Gelegenheiten soll nicht an derartige Befürchtungen an lebten, sondern zu konkreter Zeitpunkt zur Stelle zu sein. Was die heutige Volksfeier betrifft, so wird wohl der im Eintrittsbereich vorbereitete Platz bereits bald ein Ende machen, was umso weniger erstaunlich sein wird, da sie doch zumeist auch von Arbeitergesellschaften leben.

Am Sonntag, den 19., war für Schönlanke eine Protestversammlung gegen die Zuchthausvorlage anberaumt, die jedoch wegen Ausbleibens des Referenten Gusch-Berlin nicht abgehalten wurde — In Solmar i. P. wo ebenfalls eine Protestversammlung einberufen war, verlangte der Bürgermeister nach Eröffnung der Versammlung, daß Frauen und Lehrer an derselben nicht teilnehmen dürften. Daraufhin der Bürgermeister auf daß Unmöglichkeit seines Verhaltens aufmerksam gemacht wurde, verlangte er aus noch, obgleich keiner Aufforderung folge gegeben wurde, daß jede anwesende Person gesagt werde, ob sie Frau oder Lehrerin wäre. Als der Eintrittsvertrag sich dessen weigerte, wurde die Versammlung aufgelöst.

In einer öffentlichen M.-L.-Parte- und Anstreicher-Versammlung in Bromberg referierte am Montag, den 12. Juni, Genosse Pöhl aus Danzig über: „Koalitionsfreiheit und die Gewerkschaften.“ Der Redner entledigte sich seiner Aufgabe in vor trefflicher Weise und reicher Beifall lobte die befehlenden Ausführungen. In der Discussion schieden eine Reihe von Kollegen die Werkstattverhältnisse, unter denen sie lebten. Alle unorganisierten Kollegen ließen sich in den Verband aufnehmen. Die Resolution gegen die Zuchthausvorlage wurde einstimmig angenommen. Nach einem Schlusswort

des Referenten fand die Versammlung mit einem Hoch auf den Maler-Verband ihr Ende.

Achtung! Für Mechaniker, Optiker sowie in mechanischen Werkstätten beschäftigten Uhrmacher und Uhrmachers Instrumentenmacher Breslau-Schweidnitz. Am 20.—23. August d. J. findet in Zella der Verbandsitag der Deutschen Gesellschaft für Mechanik und Optik (Arbeitgeber) statt. Zu diesen Verhandlungen sind einem Antrag der deutschen Gehäftsleute des Jahres 1891 entsprechend gewählte Vertreter der letzten mit berathender und beschließender Stimme von Seiten der Arbeitgeber angetreten worden, um es zu ermöglichen, neben den auf der Tagessordnung stehenden sachwissenschaftlichen Angelegenheiten, in den für die gesamte deutsche Gehäftsleute hochwichtigen Fragen der Arbeitszeit, Lohn- und Allordnungen, Minimallohn und Lehrergewesen eine gegenseitige Ausprache und Vereinbarung zu treffen.

Kollegen Breslaus! Wer die Lohnverhältnisse genannter Werkstätten kennt, wird begreifen haben, daß gerade in diesen Verhältnissen noch Manches zum Besseren geschehen und geleistet werden muß. Dieses kann nur erreicht werden, wenn beiderseits der Wille vorhanden ist, eine Bessere Platz greifen zu lassen. Daß dieses Bestebe vorherrscht, geht daraus hervor, daß an mich ein Ruf gerichtet wurde, dahin wirken zu wollen, daß auch die Gehäftsleute Schlesiens vertreten sein möge. Ich komme diesem Wunsche gern nach, um, um mehr, da die 1891 gestellten Forderungen der Gehäftsleute (Einführung eines Minimallohns) angenommen und heute von Seiten der Arbeitgeber in den größeren Betrieben Deutschlands durchgeführt worden ist. Zu einer Befreiung lade ich sämtliche Kollegen genannter Branchen in Schlesien auf Sonnabend den 24. Juni 1899, Abends 8½ Uhr, im Café Restaurant, Carlsstraße, ein.

Mit folgen, Gruß

Gustav Höhne, Mechaniker,
Breslau, Neue Lauenheistraße Nr. 85.

* **Ausweisung von Frauen aus Versammlungen.** In einer öffentlichen Metallarbeiterversammlung am 11. d. Ms. waren, wie bekannt, die Frauen ausgewiesen worden. Der Vorsitzende hat über diese Anordnung d. s. überwachenden Beamten Beschwerde geführt und ist dem betreffenden Kommissar durch den Polizeipräsidenten bekannt gegeben worden, daß er zu der Ausweisung nicht berechtigt war. Den Beschwerdeführer glaubt folgendes Schreiben zu:

Die Versammlung vom 11. d. Ms. war als „öffentliche Metall- und Eisenarbeiter-Versammlung“ angemeldet. Diese fachgenossenschaftliche Versammlung hatte den überwachenden Polizeibeamten zu der Annahme gebracht, daß eine von einer Gewerkschaft, einem politischen Verein, auszuführende, auch für Nichtgewerkschaftsmitglieder zugängliche, bzw. für das Gesamtpublikum bestimmte Versammlung veranstaltet werden sollte, auf welche sich dann das Recht der Theatralisierung von Frauen zu erfreuen gestattet hätte. Ein ausreichender Beweis für die Richtigkeit dieser Annahme ist natürlich schwer zu erbringen.

Bei dieser Sachlage habe ich den gedachten Beamten auf seine — wie ich aber bemerkte, entschuldigte — irrtümliche Ausschaffung ausmerksam gemacht, zur Erteilung eines Vermerkes an denselben aber keine ausreichende Berechtigung gefunden.

Der Königliche Polizeipräsident.

Dr. Bielefeld.

* **Sommersonnenwende.** Heute verzögert der Kalender den längsten Tag im Jahre 1899. Schon wieder sind wir am höchsten Punkte der Sola angelangt, noch einige Wochen der Stabilität, dann geht es wieder abwärts, dem Winter entgegen. Bisher hat der Sommer uns wenig Sonnenschein gebracht. Der Mai war rauh und nass, erst in den letzten Wochen begann sich der Himmel etwas sommerlich zu zeigen. Hoffen wir, daß es recht lange dabei bleibt, damit alle, die den Beruf die längste Zeit des Tages in Fabrik und Werkstatt haben, an Sonntags und Feierstagen die Natur auch ein wenig genießen können.

* **Berunglückungen beim Bergwerks- und Hüttenbetriebe im Oberhessischen Montanbezirke im Jahre 1898.** Nach der neuesten Statistik sind im verflossenen Jahre folgende Berunglückungen zu verzeichnen: 199 Todesfälle, 1176 Unfälle mit einer Arbeitsunfähigkeit von über, 8922 mit einer solchen unter 13 Wochen. Es kommen auf einen Todesfall 583,7, auf eine Berunglückung mit über 13 Wochen Arbeitsunfähigkeit 98,8 und unter 13 Wochen 13,0 Arbeiter.

— Nach den einzelnen Betrieben verteilen sich die Todesfälle u. a.: 161 auf den Steinholenbergbau, 8 auf den Erzbergbau, 8 auf den Hochsenbettbau, 2 auf den Eisengießereibetrieb bzw. Eisenfabrikation, 4 auf die Kokselfabrikation und 2 auf die Fabrikation schwefeliger Säure.

* **Eine Beschlagnahmung des Enteignungsverfahrens** fordert ein Erlass des Ministeriums des Innern. Die landespolizeilichen und enteignungsrechtlichen Angelegenheiten sollen möglichst in der Hand eines Delegierten vereinigt werden, die beizubringende Ausübung aus den Grundbüchern und sonstigen Bezeichnungen sollen den Fortgang der Verhandlungen häufig nicht mehr hemmen dürfen. Auf das Zustandekommen gültiger Einigungen soll mehr als bisher eingewilligt und das Verfahren nicht durch rein formale Befehlslösungen der bei den landespolizeilichen Prüfung betont erörterten Fragen und in die Länge gezogen werden. Auch die Erörterung der Besitzerschaften sollen in rascherer Abreihenfolge abverlaufen und die erforderlichen Gutachten über die Höhe der Entschädigungen mit kürzeren Fristen eingefordert werden etc.

* **Stadt-Arbeits-Nachweis.** Frequenz im stadt. Arbeits-Nachd. Amt in d. Woche vom 12. Juni bis 18. Juni 1899: a) Männer: Angekotene Arbeitskräfte 137; zu besetzende Stellen 103; besetzte Stellen 85; b) Frauen: Angekotene Arbeitskräfte 73; zu besetzende Stellen 112; besetzte Stellen 82.

* **Der Zoologische Garten hält am vergangenen Sonntag die stärkste Frequenz dieses Jahres aufzuweisen.** Der Besuch übertrifft den vom Sonntag vor vierzehn Tagen noch um ein Beträchtliches. Insgekamt wurden 16.000 zahlende Personen gezählt und nimmt man an, daß mindestens die Hälfte der Abonnenten und Aktivare anwesend war, so kann die Besuchsziffer auf 24.000 ausgegeben werden, ein Zeichen für die große Anziehungskraft der Anstalt.

* **Zoologisches.** Zur Unterscheidung von der in nächster Zeit auf der österreichischen Seite des Schneekopfgriffs in Wirklichkeit trenden Postanstalt, welche die Bezeichnung „Schneekopf (Söhne)“ erhalten wird, führt die Postagentur auf der Schneekopf nunzt die Bezeichnung „Schneekopf (Preß).“

* **Abgabe von Obstbäumen aus der Baumschule an die austretenden Schüler und auch eben, an Erwachsene den Sinn der Obstbäume zu feinem Besitz fördern.** Das gewonnene Obst kann der Lehrer nach seinem Belieben verwenden.

* **Verband deutscher Maurer.** Am kommenden Sonntag, den 25. Juni 1899, veranstaltet der Maurerverband ein Sommerfest im Volksgarten, zu welchem um zahlreiche Beteiligung eingeladen wird.

* **Misbräuche im Kolportagewesen.** Der Regierungspräsident hat die Landräthe und den Polizeipräsidenten von Breslau aufgefordert, sich darüber zu äußern, ob Klagen zu ihrer Kenntnis gelangt sind, daß Agenten oder Reisende von Privatgesellschaften christliche Schriften und Bilder zu angemessen hohen Preisen verkaufen und dabei Empfehlungen kirchlicher Gemeinden u. s. w. aufweisen, denen zu Folge ein Theil des Erlöses für irgend einen guten Zweck sollen gleichzeitig die zur Abhilfe geeigneten Maßnahmen mitgetheilt werden. Im Weiteren wird verlangt, daß, falls die Frage, ob ein solcher Gewerbetrieb unter den Begriff einer erst eingeschlagenen Mutter zu genehmigenden Kollekte gehört, irgendwie gerichtet wird.

* **Stipendien.** Zu den Stipendien beinhaltete Ausbildung oder Fortbildung junger Leute beiderlei Geschlechts auf der Kgl. Kunstu- und Kunspgewerbeschule in Breslau hat der Provinzialverband von Schlesien 6000 Mk. jährlich bestimmt, die in Summen von 200 bis zu 300 Mk. pro Semester an geborene Schlesiener vertheilt werden. Die Bewilligungsgebühr sind für das Winterhalbjahr in der zweiten Hälfte des Monats Juli an den Landeshauptmann von Schlesien einzuzahlen. Das derselbe Zweck hat die Stadt Breslau ebenfalls 6000 Mk. jährlich zu Stipendien in gleicher Höhe für Angehörige der Stadt Breslau bestimmt. Es werden deshalb aus dem Stipendienfonds der Provinz voriges Jahr nicht Breslauer bestückt, während die Angehörigen der Stadt Breslau zum größten Theile nur mit Stipendien aus den städtischen Mitteln bedacht zu werden pflegen.

* **Zur Steuererhebung** wird aus Berlin gemeldet: Verschiedene Personen waren beauftragt worden, sie gegen § 6 des Einkommensteuergesetzes vom 24. Juni 1891 vergangen zu haben. Es war festgestellt worden, daß die Angeklagten wissentlich unrichtige Angaben gemacht hatten, doch wurden sie freigesprochen, weil eine Verkürzung des Staates nicht stattgefunden habe. Gegen diese Entscheidung legte die Staatsanwaltschaft Revision beim Kammergericht ein. Sie behauptete in Ueberreimung mit dem Finanzminister, daß jede unrichtige Steuerangabe, die wissentlich gemacht werde, urkbar sei. Das Kammergericht wies jedoch die Revision des Staatsanwaltschaft ab, eine Verkürzung aus § 6 des Einkommensteuergesetzes könne nur dann erfolgen, wenn tatsächlich in Folge der wissentlich falschen Steuererklärung eine Verkürzung des Staates stattgefunden habe.

* **Diebstähle.** Einem Lackier von der Fabrik wurde, als er auf einer Bank am Leydamm eingeschlafen war, die Taschen und ein Geldbetrag von 22 Mk. entwendet. — Einem Maschinendauer von der Lauenheistraße wurde aus dem Hause des Postamts auf der Tiefstraße ein Fahrrad gestohlen. — Einem Kellner von der Oltautstraße wurde in einem Gasthaus in Kleinburg ein hellbrauner Samtanzettler mit brauner Polsterung gestohlen. — Einem Kellner wurde in einem Gasthaus in Kleingrätz ein weißer Samtanzettler mit brauner Polsterung gestohlen. — Am 17. d. Ms., Nachts, stiegen Diebe durch ein Fenster von der Rosengasse aus in ein Restaurantslokal auf der Mauthausstraße ein. Die Diebe müssen sich schon wieder in dem Raum, in welches sie zuerst eingedrungen, die Fensterriegel geöffnet haben. Entwendet wurden Wertwaren im Werthe von 30—40 Mk. Auch wurde eine grüne Sommersuppe gestohlen, welche die Diebe wahrscheinlich zum Einpacken der Wurstwaren benutzt haben. — Einem Kaufmann aus Berlin wurde am 17. d. Ms., Nachts, in einer häuslichen Weinhandlung ein neuer olivenfarbener Sammeltasche im Werthe von 75 Mk. gestohlen. In dem Aufzüger befand sich die Früchte: Th. Weiß, Berlin, Neue Promenade. Ja einer Tasche deckten ein paar halbfertige Handarznei. — Einem Lässchen auf dem Matthesplatz eingelaufenen Kunden wurde ein grüner Hut mit einer Feder, eine Weste nebst Kette und Seide an den Namen Leng lautenden Papiere gestohlen. — Einem Zigarrenfabrikanten auf der Tiefstraße wurden 250 Zigarren gehoben. 91 dieser Zigarren wurden später in dem Aufzüger eines Hauses an der Friedrichstraße versteckt aufgefunden. Die selben waren in zwei Tafelbüchern und eine Badehose eingebaut. — Einem Kaufmann von der Neuen Oderstraße wurde in einem Geschäft auf der Oltautstraße ein Portemonnaie mit 35,60 Mk. Inhalt entwendet. — Einem Tischlerjungen von der Tiefstraße wurde in einer Werkstatt keine silberne Taschenlampe aus der Tafelzettel eines Hauses gehoben. 91 dieser Zigarren wurden später in dem Aufzüger eines Hauses an der Friedrichstraße versteckt aufgefunden. Die selben waren in zwei Tafelbüchern und eine Badehose eingebaut. — Einem Kaufmann von der Neuen Oderstraße wurde in einem Geschäft auf der Oltautstraße ein Portemonnaie mit 35,60 Mk. Inhalt entwendet. — Einem Tischlerjungen von der Tiefstraße wurde in einer Werkstatt keine silberne Taschenlampe aus der Tafelzettel eines Hauses gehoben.

* **Unfälle.** Am 18. d. Ms. Abends wollte vor dem Friedberg ein Gardekorps einen Pferdebahnwagen besteigen, als er in einem Augenblick durch eine vorüberfahrende Drosche zu Boden geschleudert wurde. Es erlitt eine Wunde am Hinterschenkel, die ihm durch ein Mitglied des Gardekorps selbstwilliger Krankenpfleger verhindert wurde. — Am demselben Tage wurde auf der Gardestrasse ein Hausbesitzer mit einer Verlegung am Kopf aufgefunden. Der Mann gab an, vor einem Pferdebahnwagen gestoßen zu sein und sich dabei verletzt zu haben. Ein Berunglücker wurde durch Feuerwehrmannen ein Verband angelegt, worauf er in seine Wohnung auf der Lewinstraße gebracht wurde. — Auf der Gardestrasse fuhr eine Handwäscherei, Tochter eines auf der Friedrichstraße wohnenden Stoffdruckers, mit ihrem Fahrzeug so heftig an das Pferd eines Straßenbahnewagens an, daß sie starke und unter den Bodenrinnen geriet, wobei sie noch über drei Meter weit geschleift wurde. Sie hat eine Verlegung des linken Fußes erlitten. — Einfall am Sonntag wurde auf der Söhlstraße ein fünf Jahre altes Kind durch einen radelnden Lehrjungen überfahren und an der Stiege und an den Händen auch knapp angetroffen. Der Bursche versuchte zu entkommen, jedoch konnte er auf der kleinen Grohengasse gestellt werden. — Ein Bürstenmann aus Marienstadt stürzte über die Tafelzelle und brach den linken Arm. — Ein galizischer Arbeiter fuhr in Przyjewitz bei einem Sturz einen Knödelbruch. Die Bürstenläden fanden im Krankenhaus der Barmherzigen Brüder Aufnahme. — Einem Bader aus der Langen Gasse fiel ein eiserner Träger auf den linken Unterarm, der in komplizierter Weise gebrochen wurde. Das Beinplatte wurde im Altersheim-Hospital untergebracht. — Am 18. d. Ms., Nachts, fuhr auf der Gardestrasse ein Kaufmann mit seinem Fahrzeuge so heftig an eine Drosche an, daß er zurück und sich eine schwere Wunde am Kopf erlitt. — Am 18. d. Ms., Abends, wurde auf der Oltautstraße ein Kaufmann durch einen Radler, der trotz des bestehenden Verbotes die Straße kreuzte, zu Boden geschleudert. — Am 18. d. Ms., Abends, wurden auf den Großscheiben-Dominos gepanzerte Pferde schwer. Ein Radfahrer, der auf dem Boden lag, stürzte heraus und zog sich verblebene Verletzungen zu. Eine Schwestern war, von Angestellten besucht, aus dem Wagen gesprungen und war zu Fall gekommen, wodurch sie für längere Zeit das Bewegen verlor. Die beiden Verunglückten wurden in ihre Wohnung gebracht. — Am 19. d. Ms., Nachmittags, wurde auf dem Wasserloch ein Droschengefäß durch einen Motorwagen erfaßt und zur Seite geschleudert. Er erlitt eine Kopfwunde, die ihm von einem Arzt verbunden wurde.

* **Beim Raden entwunden.** Am 19. d. Ms., Abends, habe der Monteur Horstmann, Postamt mit zwei Bekannten in der Ole mit Wollwinkel. Hierbei ging er unten und entwand. Die Reiche des nur mit einer blauen Leintwand hose bekleideten Mannes wurde trotz eisiger Sättigung noch nicht gefunden.

